

Was bringt der Doppelhaushalt für die Finanzverwaltung?

- Personalmehrungen durch 200 zusätzliche Stellen
- bessere Einstellungsmöglichkeiten durch zusätzliche Anwärterstellen
- Abbau des Beförderungsstaus zum 1.1.2013 durch Rückführung der Wiederbesetzungssperre auf 3 Monate und durch Stellenhebungen zum 1.7.2013
- Mittel für die Leistungsbezahlung (Leistungsprämien, Leistungsstufen)
- Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung
- Reduzierung der Arbeitszeit zum 1.8.2013 auf 40 Stunden
- Zusicherung der Übernahme des Tarifabschlusses 2013 auf die Beamten

Was bringt der Doppelhaushalt für die Finanzverwaltung?

Die Eckpunkte wurden durch das Kabinett in St. Quirin beschlossen. Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Dr. Markus Söder informierten am 19.7.2012 den Vorstand des Bayerischen Beamtenbundes über die Details. Mit diesen deutlichen Verbesserungen ist ein wichtiger Teil der bfg-Forderungen erfüllt.

Unser Dank gilt Finanzminister Söder, der trotz größter Widerstände durchsetzte, dass die Finanzverwaltung nicht leer ausging. Er informierte am 11.7.2012 die bfg über die Ergebnisse der Verhandlungen in St. Quirin und zeigte auf, dass er (im Rahmen der politischen Möglichkeiten) seine Zusagen an die bfg gehalten habe und dank der bfg-Unterstützung auch Ministerpräsident Seehofer von der Notwendigkeit zusätzlicher Stellen für die Finanzverwaltung überzeugen konnte.

Damit hat die bfg einen Etappensieg erreicht und den Sockel für Verbesserungen gesetzt.

Unsere Gespräche mit den Fraktionsspitzen und den Abgeordneten der Ausschüsse für den öffentlichen Dienst und den Haushalt haben Früchte getragen. Unsere umfangreiche Eingabe an die Staatsregierung wurde studiert, für sachgerecht empfunden und entsprechend berücksichtigt.

Jetzt geht es darum, im Landtag auf eine optimale Umsetzung der Stellenhebungen zu achten. Wir werden dabei insbesondere die Verbesserung der modularen Qualifizierung auf allen Ebenen und die Verbesserung der Beförderungssituation in allen Besoldungsgruppen für ganz Bayern einfordern.

Für jegliche Unterstützung sind wir dankbar.



- Personalmehrungen und bessere Einstellungsmöglichkeiten
- Stellenhebungen und Rückführung der Wiederbesetzungssperre
- Mittel für die Leistungsbezahlung
- Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung
- Reduzierung der Arbeitszeit
- Übernahme des Tarifabschlusses 2013 auf die Beamten

Das Spitzengespräch zwischen der Landesleitung der Bayerischen Finanzgewerkschaft und Finanzminister Söder im Januar 2012 bildete den Auftakt einer ganzen Reihe von Treffen und Gesprächen für Verbesserungen im Doppelhaushalt 2013/2014. Söder versprach der bfg damals, beim kommenden Doppelhaushalt „zuerst an die eigenen Leute zu denken“. Es folgten Gespräche mit Ministerpräsident Seehofer, den Fraktionsspitzen von CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Wähler und FDP sowie den Abgeordneten der Ausschüsse für den öffentlichen Dienst und den Staatshaushalt.



Nächste Kontrolle in 250 Jahren

Zu wenig Steuerbeamte in Bayern: In keinem Bundesland ist die Lage so schlecht

BAYREUTH/MÜNCHEN
Von Otto Lapp

Können mehr Steuereintreiber mehr Steuern eintreiben? Nein, sagen die Finanzbehörden. Doch, sagen die Gewerkschaften und der Bayerische Oberste Rechnungshof.

Dann hinterzieht mal schön! Der nächste Prüfer kommt erst in 250 Jahren. Fast 4000 Stellen fehlen an bayerischen Finanzämtern, rechnet der Bayerische Oberste Rechnungshof von. Damit ist der Freistaat Schlusslicht in Deutschland. Josef Bugiel (63) seufzt tief. Der Vorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg) fordert: mehr Betriebsprüfer – mehr Einnahmen. So einfach sei das.

So einfach ist es nicht. Udo Lauterbach, der Bayreuth schickt seine „Relevanz“ um 27 900 Untertanen zu men. Der Bundesg Und die kontin sie dr

le 250 Jahre ausdrücken, stimme höchstens beim Betreiber einer kleinen Photovoltaikanlage oder bei ganz kleinen Handwerksbetrieben. Aber selbst wenn der Chef des Finanzamts statt 32 Betriebsprüfern die eigentlich nötigen 43 hätte – es wären noch zu wenig – für die fast 25 000 Klein- und Kleinstbetriebe.

„Wo bleibt die Steuergerechtigkeit“, donnert die bfg-Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer (58) aus Bindlach, wenn selbst mittlere Firmen nur alle 35 Jahre überprüft werden. Im Gegensatz zum gewöhnlichen Arbeitnehmer. Die Großen lässt man, die Kleinen nicht?

„Das ist nicht nachvollziehbar“, sagt der Bayreuther Finanzamts-Chef. Bei den Arbeitnehmern sei klar, was sie einnehmen. Nicht aber bei Unternehmen. Viel könne sich da ändern im Laufe eines Jahres. Das ganze System sei ein Versuch, „das Recht zu halten“. Außerdem nehmen „ständig“ vom Amtern ge

beute von mehr als 30 Millionen Euro kommen. Schaffen wir das noch mehr?

Nein, heißt es bei Bayerns Steuerbehörde, dem Landesamt für Steuern. Linear dürfe man nicht rechnen. „Milchmädchenrechnung“, sagt auch Klaus Grieshaber, Chef der Steuerzahler. Er schlägt ein einfacheres Steuerrecht, der bessere Weg.“ Die Zahl der Mit-

möchte. Gerade die bayerischen Beamten könnten mehr einbringen. „Wir haben die Steuerzahler, die wir in die Wirtschaft verbraten, anstatt dass sie Firmen zerlegen.“

Personalapparat noch deutlich zu man die dünne Personaldecke in Bayern nicht mit Speiseplan

„Wir bilden Spezialisten aus, die wir im Innendienst verdrängen, anstatt dass sie die Firmen zerlegen.“

Hoher Mitarbeiter ein... arbeiter sei nicht das Problem. Denn nicht jeder zusätzliche könne auch mehr eintreiben.

Der Oberste Rechnungshof in Bayern kommt zu einem anderen Ergebnis: Insgesamt fehlen in Bayern 400 Betriebsprüfer. Jeder von ihnen könnte locker 400 000 Euro im Jahr machen. Das bestätigt auch ein Finanzamts in der

Die Forderungen der bfg zum kommenden Doppelhaushalt nach mehr Personal wurden in den vergangenen Wochen zahlreich von der Presse aufgegriffen. Landesvorsitzender Josef Bugiel und die Bezirksvorsitzenden Helene Wildfeuer und Matthias Bauregger sind gefragte Gesprächspartner und thematisieren immer wieder die Probleme in der Finanzverwaltung.

Seitens der Gewerkschaften und der Steuerzahler. Gerade das Bayreuther Amt liege bei den Betriebsprüfern und Steuerfahndern unter dem bayerischen Durchschnitt. Und sie warnt vor zunehmenden „ernsten“ Krankheiten ihrer Kollegen: Herz-Kreislauf oder Burnout. Die Kollegen seien „gebeutelt“.

Wie beurteilt die Finanzgewerkschaft dieses Steuerschlupfloch?

Bugiel: „Volkswagen und Porsche haben ganz legal gehandelt. Man sieht allerdings daran, wie kompliziert das Steuerrecht geworden ist, bei dem jedes Jahr Hunderte Änderungen dazukommen. Und es zeigt auch, dass Großunternehmen, die sich die besten Steuerexperten leisten können, davon profitieren. Sie finden solche Schlupflöcher heraus. Ein normaler Handwerker oder Unternehmer hat solche Möglichkeiten nicht. Das ist ungerecht.“

Bayerns Finanzämter chronisch unterbesetzt

MÜNCHEN/BAYREUTH. In bayerischen Finanzämtern gibt es zu wenige Beamte – und auch die fast 1000 Mitarbeiter, die heuer eingestellt werden, werden die Lücke nicht schließen. Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) hatte in seinem Jahresbericht die zu dünne Personaldecke kritisiert: Es fehlen fast 4000 Beamte. Dadurch lasse sich der Freistaat Steuereinnahmen entgehen. Dem widersprechen sowohl Finanzbehörden als auch der Bund der Steuerzahler. Die Bayerische Finanzgewerkschaft (bfg) warnt vor Überlastung der Steuerbeamten. Helene Wildfeuer, bfg-Bezirksvorsitzende aus Bindlach, spricht von der Zunahme „ernsten“ Krankheiten. Die Lage sei bedrohlich. Bayern ist Bundesweit Platz

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sagte in der Vergangenheit mehrfach, dass die Staatsregierung nicht vorhabe, „den Personalapparat noch deutlich zu vergrößern“. Ähnlich äußerte sich das Finanzministerium mit Verweis auf zunehmenden IT-Einsatz und ehrliche Steuerzahler. Kritiker werten das als Indiz, dass Bayern seine Betriebe schonen möchte. „Der Rechnungshof hat den Mitarbeitermangel moniert“, sagt bfg-Chef Bugiel, „und der ist ein unverfänglicher Zeuge.“

Der psychische Druck sei immens: „Bei der Gewerkschaft... Viele sagen, dass sie nicht mehr können.“ Bei einem durchschnittlichen... Angestellten von über 50 Jahren bleibt die Lage wohl noch einige Zeit angespannt. „In den kommenden Jahren werden wir 40 Prozent unseres Personals verlieren“, sagt bfg-Bezirksvorstand Matthias Bauregger.

Süddeutsche.de Bayern

Zu wenig Steuerfahnder in Bayern

Nur alle 250 Jahre eine Kontrolle